

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Österreichs Bundesländer dürfen

Die neun österreichischen Bundesländer können bei den Verhandlungen der Bundesregierung zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft künftig mitreden. Ein entsprechendes Abkommen haben am Donnerstagabend die neun Regierungspräsidenten, Bundeskanzler Franz Vranitzky und Föderalismusminister Jürgen Weiss unterzeichnet.

Deutschlands Bundesländer wollen

Die deutschen Bundesländer wollen bei der kommenden EG-Finanzplanung mitreden. Dies hat der Bundesrat, die Länderkammer des deutschen Parlaments, am Freitag gefordert. Der EG Finanzrahmen 1993 bis 1997 lege entscheidende Grundlagen für Inhalt und Reichweite der näheren Europapolitik, begründet die Länderkammer den Anspruch der Bundesländer.

Kurdistan-Visum

Ein «Kurdistan-Komitee» in Köln hat am Freitag bestätigt, dass es seit September an deutsche Touristen «Reisedokumente» für Reisen nach Ost- und Südostanatolien ausgibt. Das «Reisedokument» habe Schutzbrieffunktion und diene als Einreisegenehmigung in kurdische Gebiete.

Stehen wir vor der Alternative Abkapselung oder Integration?

Nach der Diskussion über das Staatsvertragsreferendum muss die Debatte über die künftige Europapolitik auf allen Ebenen geführt werden

(G.M.) – Den Anlass zu den europäischen Diskussionen in den vergangenen zwei Wochen bildete das Volksbegehren zur Einführung des Staatsvertragsreferendums, doch im Hintergrund stand unausweichlich die Frage nach dem künftigen europapolitischen Weg, den unser Land einschlagen sollte. Unterschiedliche Auffassungen über das Staatsvertragsreferendum prägten die Auseinandersetzungen, doch ebenso offenbar wurden die gegensätzlichen Meinungen über die Marschrichtung in der Zukunft – und vor allem auch über die Überlebenschancen des kleinen Staatswesens Liechtenstein, das sich bisher in Verbindung mit einem Nachbarstaat einen Platz in Europa sichern und zu Wohlstand kommen konnte. Ist dies mit der Integrationspolitik in Gefahr? Stehen wir vor der Alternative Abkapselung oder Integration?

Viele Bürgerinnen und Bürger werden an diesem Wochenende, wenn sie ihre Entscheidung an der Urne über das Staatsvertragsreferendum fällen, gleichzeitig auch ihre Vorstellungen über die Integrationspolitik, insbesondere die Frage nach dem EWR-Beitritt Liechtensteins, mitberücksichtigen. Ein anderer Teil spricht sich, wie im Vorfeld der Abstimmung zu vernehmen war, aus demokratischen Erwägungen für die Erweiterung der Volksrechte aus, ohne dabei die

EWR-Frage zu präjudizieren. Doch nicht alle haben eine klar formulierte Haltung, denn gerade im Bereich der Integrationspolitik herrscht – nicht zuletzt auch aufgrund der zurückhaltenden, teilweise auch konfuse Informationspolitik der offiziellen Stellen – nach wie vor grosse Unsicherheit. In den nächsten Monaten, im Vorfeld der in Aussicht gestellten Paraphierung des EWR-Vertrages und nachfolgend bis zum Inkrafttreten des Abkommens beziehungsweise bis zu einer allfälligen Volksabstimmung, muss deshalb zu den vorrangigsten Aufgaben der Regierung gehören, ihre Informationspolitik zu verstärken und auf die konkreten Verhandlungsergebnisse auszurichten.

Es reicht nicht mehr aus, das haben die Unsicherheiten in den öffentlichen Diskussionen zum Staatsvertragsreferendum zur Genüge bewiesen, dass Vorträge von (teilweise ausländischen) Fachleuten organisiert werden, um damit den Anschein zu erwecken, das Informationsbedürfnis der Bevölkerung werde laufend gedeckt. Die Klagen verschiedener Parlamentarier, das auch der Landtag bisher nicht umfassend über das EWR-Abkommen informiert worden sei, hat in der Öffentlichkeit Anlass zu Verwunderung gegeben. Doch wird es am Landtag selbst liegen, die erforderlichen Auskünfte mit

den zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln einzufordern – wobei man sich angesichts gewisser Vorkommnisse allerdings nicht der Illusion hingeben darf, dass die Mehrheitsverhältnisse nicht auch in diesem Bereich bestimmte Hindernisse darstellen.

Zwar ist in den letzten zwei Jahren, man denke an den Integrationsbericht 1989 und die nachfolgenden sieben ergänzenden Berichte der Regierung über das Integrationsgeschehen an den Landtag, viel über Liechtenstein und den EWR geschrieben worden. In der Regel jedoch enthielten diese Publikationen viele Worten, aber wenig Substanz. In zahlreichen Vorträgen und Informationsveranstaltungen der Regierung für einzelne Wirtschaftskreise ist in gleichem Sinne viel geredet, aber wenig gesagt worden. Insbesondere über die Auswirkungen eines EWR-Abkommens auf Liechtenstein, auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und vor allem auf die sensibelsten Sektoren (mit den grössten Erträgen für die Staatskasse), sind bislang wenig konkrete Angaben gemacht worden. Dass vor diesem Hintergrund viele Bürgerinnen und Bürger das Instrument des Staatsvertragsreferendums gleichsam als «Bremse» gegenüber der Regierungspolitik auffassen, ist nicht weiter verwunderlich.

«Der eingeleitete Prozess einer strukturierten Partnerschaft zwischen den EG- und den EFTA-Staaten», schrieb die Re-

gierung in ihrem Integrationsbericht 1989, «beinhaltet neben den technischen und juristischen Aspekten eine neue, weitreichende, politische Dimension, insbesondere für die beteiligten EFTA-Staaten. Diese politische Dimension ist für Liechtenstein in besonderer Weise relevant. Die traditionell enge Zusammenarbeit mit der Schweiz bildet die tragfähige und ausbaufähige Grundlage dafür, dass Liechtenstein Platz in der europäischen Integrationsentwicklung finden kann.

Dem dürfte nicht entgegenstehen, dass neue Modelle der Zusammenarbeit für einzelne Bereiche, die über das bestehende vertragliche Beziehungsnetz nicht abgedeckt sind, gegebenenfalls zur Anwendung kommen könnten.» Diese Mischung aus Absicht und Hoffnung konnte zu jenem Zeitpunkt noch eine gewisse Basis haben, obwohl damals schon die dringende Forderung nach Alternativ-Varianten für die liechtensteinische Integrationspolitik bestand, doch heute reichen solche Erklärungen nicht mehr aus. Wenn das Parlament die Weichen für die Zukunft zu stellen hat, und – im Fall der Einführung des Staatsvertragsreferendums – dem Volk allenfalls ein Mitspracherecht zusteht, dann müssen klare Fakten über die Auswirkungen der Integrationspolitik an die Öffentlichkeit. Dies ist eine, wenn nicht die wichtigste Schlussfolgerung aus den Diskussionen der letzten zwei Wochen.

Der Busbahnhof in Schaan ist ein zentrales Anliegen

Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr wurde mit der Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen beauftragt

(Mö) – Eine möglichst optimale Ausgestaltung des geplanten Busbahnhofs in Schaan gehört zu den zentralen Anliegen des öffentlichen Verkehrs in Liechtenstein. Dies unterstrichen Regierungschef Hans Brunhart und Regierungsrat Wilfried Büchel am letzten Pressegespräch auf die Frage nach den Auswirkungen eines Berichtes, den die «Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr» vor kurzem vorgelegt hatte. Laut Wilfried Büchel hat die Regierung den Bericht zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe beauftragt, im Sinne ihrer Schlussfolgerungen Verbesserungsvorschläge zuhanden der Regierung auszuarbeiten.

«Die bisherige Politik der Förderung des öffentlichen Verkehrs hat Wirkungen gezeigt. Der eingeschlagene Weg war richtig. Soll dieser Politik auch weiterhin zum Durchbruch verholfen werden, muss sie verschärft werden, ansonsten die Wirkungen des hinter uns liegenden qualitativen und quantitativen Sprungs in der allgemeinen Verkehrszunahme verpuffen.» Dies hält die «Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr» in ihrem Bericht zusammenfassend fest. Auch Regierungsrat Wilfried Büchel gab am Pressegespräch zu verstehen, dass inskünftig nur Fahrplanverbesserungen alleine nicht genügen werden.

Zwar lasse sich – so der zuständige Inhaber des Ressorts Verkehr – das bereits sehr gute Angebot noch weiter ausbauen, im Vordergrund der Aktivitäten stünden nun jedoch vermehrt qualitative Verbesserungen im Umfeld des öffentlichen Verkehrs.

Verspätungsanfälligkeit verringern

Ein Handlungsbedarf bestehe beispielsweise in der Verringerung der Verspätungsanfälligkeit, deren Ursache vor allem in der problematischen Verkehrssituation, insbesondere in Vaduz und Schaanwald, liege. Hier sind auch nach Ansicht der Arbeitsgruppe nur noch Verbesserungen denkbar, wenn es gelinge, die stellenweise massiven Behinderungen durch den motorisierten Individualverkehr abzubauen. Um dem öffentlichen Verkehr entscheidende Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Privatverkehr zu sichern, sollten nach Ansicht der Arbeitsgruppe folgende wichtigste Interventionsbereiche berücksichtigt werden: Veränderungen der Preisstruktur zugunsten des öffentlichen Verkehrs; aktive Parkierungspolitik von Land, Gemeinden und

privaten Unternehmungen; Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs im Strassenraum, sofern notwendig auf Kosten des Individualverkehrs.

Neuer Busbahnhof in Schaan

Eine wesentliche Verbesserung der Qualität des öffentlichen Verkehrs kann laut Wilfried Büchel auch durch eine grundlegende Neukonzipierung des Umsteigebushofes auf dem Postareal in Schaan erreicht werden. Das Projekt Busbahnhof wird – so Regierungschef Brunhart am Pressegespräch – von vier Faktoren beeinflusst: von der Schaaner Verkehrsplanung (die Regierung ist der Gemeinde noch eine Antwort betreffend die verschiedenen Bauvorhaben schuldig), vom Interesse der Gemeinde am Projekt einer Grossüberbauung, von derzeit laufenden Verkaufsverhandlungen resp. Handänderungen, die insbesondere den Bahnhof und das Buurabund-Gebäude betreffen, und von den schon seit langem bestehenden Raumwünschen der Post. Einen Zeitpunkt für die Realisierung des Busbahnhofs konnte der Regierungschef noch nicht nennen.

Gründung einer Solargenossenschaft

Aus dem neuerschienenen Jahresbericht der LGU

(M.) – Die Gründung einer Solargenossenschaft ist einer der Arbeitsschwerpunkte der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) im laufenden Jahr. Wie aus dem neuerschienenen Jahresbericht weiters hervorgeht, sieht die LGU in Liechtenstein nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf punkto Energiesparen und Abfallvermeidung.

Die im nächsten Jahr ihr 20jähriges Bestehen feiernde LGU konnte im Berichtsjahr 1991 einen Zuwachs von 680 auf 712 Mitglieder verzeichnen. Die Jahresrechnung schliesst bei einem Aufwand von 150 000 Franken mit einem leichten Überschuss ab. Wie weiters bekannt gegeben wurde, hat die LGU Josef Biedermann als Kandidaten für das Amt des CIPRA-Präsidenten portiert, wobei dieser Kandidatur für die Wahlen im Herbst gute Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

Als aktiven Beitrag zur Förderung erneuerbarer Energien hat sich die LGU entschlossen, noch in diesem Frühjahr

eine Solargenossenschaft zu gründen, deren erstes Ziel die Förderung von Photovoltaikanlagen sein soll. Wie LGU-Geschäftsführer Wilfried Marxer-Schädler dazu gestern ausführte, will die LGU für diese Genossenschaft lediglich Wegbereiterin sein, da diese unabhängig von der LGU sein soll. Hinsichtlich der finanziellen Unterstützung dieser Solargenossenschaft durch die öffentliche Hand sind bereits erste positive Gespräche geführt worden.

Energiesparen und Abfallvermeiden

Hinsichtlich des Naturschutzes sieht die LGU nach wie vor einen grossen Handlungsbedarf in Liechtenstein. Um bezüglich der Schutzbemühungen weiter zu kommen, stellen das in Vorbereitung befindliche neue Naturschutzgesetz sowie ein Landschaftsentwicklungsplan zwei wichtige Vorhaben dar. Punkto Boden- und Landwirtschaft soll die bei uns festzustellende Tendenz zu einer naturnahen Landwirtschaft (biologischer Landbau) weiter gefördert werden.

Als zentrale Zukunftsaufgabe wird das Energiesparen und die Förderung erneuerbarer Energien genannt: «In dieser Richtung sind jedoch bisher keine entscheidenden politischen Schritte festzustellen», bemängelt die LGU. Bezüglich des Abfalls kritisiert die LGU, dass im Bereich der Abfallvermeidung die wenigsten Fortschritte zu verspüren sind: «Dies ist eine Aufgabe, die sowohl ein kritisches Konsumverhalten der Bevölkerung wie auch eine veränderte Praxis der Verpackungsindustrie voraussetzt», appelliert die LGU in ihrem Jahresbericht an die Allgemeinheit.

Gewerkschaften für EG-Beitrittsgesuch

Bern (AP) Die kantonalen Gewerkschaftsbünde fordern den Bundesrat auf, in Brüssel umgehend das Gesuch für einen Beitritt in die EG zu deponieren und damit den Verhandlungsprozess für einen EG-Beitritt einzuleiten. Der EG-Beitritt der Schweiz bleibe das Ziel der Gewerkschaften, wobei es allenfalls auch über den Zwischenschritt eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) erreicht werden könne, teilte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) am Freitag mit.

An ihrer Konferenz in Bern warfen die kantonalen Gewerkschaftsbünde gleichzeitig den Kantonsregierungen vor, bei den Vorarbeiten für einen allfälligen Beitritt zum EWR den Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter vergessen zu haben, wie es in der Pressemitteilung weiter heisst. Insbesondere hätten sie die Frage nicht behandelt, wie das schweizerische Arbeitsrecht und der Arbeitsmarkt nach dem Wegfall des heute gültigen Ausländerrechts für Bürgerinnen und Bürger von Staaten des EWR zu gestalten sei.

Parlamentarier im skisportlichen Wettkampf

Plausch-Skirennen der Politiker gestern im Malbun



Erstmals war das Malbun gestern Schauplatz des 28. Parlamentarier-Skirennens der Kantone Zürich, St. Gallen, Glarus und des Fürstentums Liechtenstein. Die misslichen Witterungsbedingungen taten der guten Stimmung keinen Abbruch und so nahmen rund 60 Politiker die beiden Riesentorläufe am Sareiserhang in Angriff. Unser Bild zeigt die Landtagsabgeordneten Patrick Hüly und Karl Kaiser sowie Regierungschef-Siv. Dr. Herbert Wille bei vollster Konzentration vor dem Start. (Bild: P. Kindle)

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENRUHMEN

huber

SWITZERLAND
St. Gallen 31
Ruhmeshausstr.

illion

Was uns einfließt zu

Komfortables Erstklasshotel, tolles Kinder- und Wandergebiet
- Langlaufloipen - Reiten, Tennis, Hallenbad
- Massagen, Steinbäder - Kinderbetreuung

1 Woche Halbpension ab Fr. 550.- pro Person.
Verlangen Sie unverbindlich den Hotelprospekt.

IATA